

Kleine Anfrage

Fehlinformationen des Regierungsrates – was sind die Ursachen und wie werden die Falschaussagen richtiggestellt?

Die beiden Antworten des Regierungsrates zu den Postulaten P 14/19 und P15/19 (RRB 694/2019 und RRB 695/2019) enthalten die Aussage, dass „Ausweichmöglichkeiten auf einen anderen Kanton ohne Lenkungsabgabe dabei auf der Hand liegen“. Bei diesen Aussagen handelt es sich um Fehlinformationen, was vom zuständigen Regierungsrat inzwischen auch schriftlich bestätigt wurde:

- Bei den Ölheizungen soll die Abgabe gemäss Postulatstext „aus einem fixen, von der Leistung abhängigen Sockelbeitrag bestehen“. Die Abgabe ist damit unabhängig davon, wo das Öl bezogen wird. Die Aussage im RRB, dass durch den „ausserkantonalen Bezug von Erdöl“ die Lenkungsabgabe umgangen werden kann, ist daher schlicht falsch.
- Das gleiche gilt auch beim Gas und beim Strom. Bei beiden Energieträgern gibt es immer genau einen Lieferanten (das lokale Gas- oder das Energieversorgungsunternehmen). Grundsätzlich kann natürlich das Gas oder der Strom auch bei einem ausserkantonalen Unternehmen gekauft werden. Wenn die Abgabe aber vom lokalen Lieferanten erhoben wird, wie das in den Postulaten explizit angeregt wird, ist eine Umgehung nicht möglich. Auch in diesen Fällen ist die regierungsrätliche Aussage also falsch.


Fehler können im oft hektischen Tagesgeschäft passieren. Es kann aber nicht angehen, dass offensichtliche Fehlinformationen nicht korrigiert werden. Sowohl die Mitglieder des Kantonsrates als auch die interessierte Öffentlichkeit haben das Recht sachlich richtig informiert zu werden.

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, um die offensichtlichen Falschaussagen, die sich in den beiden Antworten auf die Postulate P 14/19 und P15/19 eingeschlichen haben, richtig zu stellen, um sicherzustellen, dass der parlamentarische Entscheidungsfindungsprozess nicht durch Fehlinformationen des Regierungsrates beeinträchtigt wird?
2. Was sind die Ursachen dafür, dass sich bei einer Beantwortung eines parlamentarischen Vorstosses derart grobe Falschaussagen einschleichen bzw. nicht erkannt werden und was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, damit solche Fehler in Zukunft verhindert werden können?

Für eine zeitnahe Beantwortung der Fragen bedanke ich mich im Voraus.

KR Rudolf Bopp



Kantonsrat glp, Einsiedeln